

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Schrittung, Druck und Verlag von G. W. Boller (Hans Boller) Nagold.

Verbreitungspreis in
Oberschwaben. —
Wichtiges: In's Lager
besten Erfolg.

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold,
Stuttgart 5115.

Nr. 201 Begründet 1826 Mittwoch den 27. August 1924 Fernsprecher Nr. 29. 88. Jahrgang

Tagespiegel

Die englische Regierung hat, wie jetzt bekannt wird, einen Ausschuss eingerichtet, der den Abschluss von Handelsabkommen anderer Staaten beobachten soll, um England vor den Einwirkungen zu schützen. Die Maßregel erregt großes Aufsehen. — Der Ausschuss hat offenbar die Aufgabe, die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, von denen England nicht ohne Grund eine Schädigung des britischen Handels und der Industrie befürchtet, zu überwachen.

Ein anderes Reichstagswahlrecht!

Gegen das Einkreisystem

Der Reichstag hat in der vergangenen Woche den Entwurf eines neuen Reichstagswahlgesetzes verabschiedet, über das nun der Reichstag abzustimmen haben wird. Das herrschende Einkreiswahlrecht wird über die Köpfe von oben her geschleppt wie eine Kalesche. Es ist nicht von unten aus den Wählermassen heraus, es gibt kein Wahlrecht, das den Wählern junger, frischer Kräfte mehr erschwert und vor allem harten politischen Persönlichkeiten es schwerer macht, sich durchzusetzen, als dieses langweilige ausgeklügelte Spiel einer rein theoretischen, pauperen Gerechtigkeit. Es gibt wirklich kein Wahlrecht, bei dem der Wähler weniger Einfluss hat. Theoretisch nämlich ist zwar keine Stimme ungenutzt, praktisch hat der Wähler sein wichtiges Staatsbürgerrecht so gut wie verloren. Es ist kein Wahlkampf mehr, sondern eine dem Erwählten bedingte gleichgültige statistische Erhebung.

Wie verliert die Dinge bei den letzten Wahlen? Die Reichstagswahl wurde überwiegend mit Verleumdungen, die nicht die Wähler, sondern die Parteiführer bestimmten. Die Kandidaten, die in weniger günstigen Kreisen den Wahlkampf führten, die politische Arbeit geleistet hatten, gingen leer aus. Es gab keine Siege gegen von ihnen an andere über, für die weder sie selbst, noch die Wähler ihrer Kreise gearbeitet und gekämpft hatten. Was ist die Folge solcher Enttäuschungen? Des politischen Lebens in der sogenannten Provinz, d. h. in ganz Deutschland außerhalb des Wasserlaufes Berlin erreicht. Die fremde Arbeit der Parteigenossen im westlichen Land führt ab, das politische Leben verflummt. Die Wähler beschäftigen sich höchstens noch die Kreise, die durch ein lautes materielles Interesse getrieben werden. Von Idealismus des politischen Lebens keine Spur mehr. Es herrscht nur noch Selbst- und Geldbedürfnis, sowie die Gegenstände. Doch diese Gegenstände immer mit jener Hast zu betreiben, welche die Grenzen des Zufälligen und Tragbaren erkennt und ihre Ueberforderung verhindert, sich niemand behaupten wollen.

Wie geht es denn bei Wahlkampf der Witen zu? Jeder, der dabei einmal in einen großen Wahlbezirk mitgewirkt hat, weiß Bescheid. Hierüberhören zwischen den verschiedenen Kreisen und Bezirken sind noch das kleinste Übel. Sol man sich über den „Wahlkampf“ endlich geirrt, wobei es nie ohne schwere Verleumdungen abgeht, dann kommt der Kampf um den „Sieg“, nachdem der „Sieg“ entschieden ist und man wieder sich erst recht die Menschlich-Menschenlichkeit, Berufsverbände, Interessengruppen wollen in Schilling unterbringen und drohen, wenn ihre Freunde zu weit nach unten kommen, mit Wahlverweigerung oder Abwanderung in einen anderen Bezirk. Kurz, es entwickelt sich ein widerlicher Substanzhandel. Der Wähler sieht alle dem hilflos gegenüber. Mit dem einen ist er vielleicht zufrieden. Dem zweiten kann er nicht. Dem dritten mag er nicht. Die Segensparolen haben auch bald einen „schwarzen Fleck“ auf der Stirn erblendet und setzen ihn mit Triumphgeschrei auf der Stirn der Wählervereinsammlungen. Das alles muß anders werden. Der Gegenstand nach den Beschlüssen der Reichstagsauschüsse ist bekannt geworden. Er genügt noch nicht. Man führe unter gerechter Wahlkreisumteilung das Wahlrecht wieder ein, damit jeder Wähler in die Reichstagswahlrecht wieder ein, damit jeder Wähler den Stand gelebt ist, sich den Mann seines Verstandes selbst zu wählen. Verhältniswahl, ja! Aber nicht mehr Witenwahl!

Deutscher Reichstag

Aussprache zur Regierungserklärung

Berlin, 25. August

Abg. Hergt (Deutschn.) fortsetzend: Bei den ersten Verhandlungen des Ausschusses hätte man heillosig hingucken sollen, dann wäre es vielleicht besser geworden. Das Londoner Abkommen erlaubt Deutschland keine politischen und wirtschaftlichen Vorteile. Die verabschiedete Forderung wurde nur eine Scheinbilanz der Wirtschaft herbeiführen mit nachfolgendem Kollaps. Wenn die Zweidrittelmehrheit zustimmt, dann ist dadurch nicht alles aus, sondern dann entsteht die Notwendigkeit, daß von neuem verhandelt werden muß. Schließlich wird das Ausland lieber mit einer Regierung verhandeln, der die Deutschnationalen verpflichtet sind, als mit einer Minderheitsregierung, schließt auf die Seite, deren Innerlichkeit auch bei den internationalen Verhandlungen besonderen Wert haben dürfte. Das Ziel un-

ter Opposition ist die Herbeiführung neuer Verhandlungen mit einem für Deutschland günstigeren Ergebnis. Arbeiter, die der sozialdemokratischen Partei folgen, werden dies noch mit tiefem Schmerz bereuen. Unsere Partei ist für Gerechtigkeit und Recht und Freiheit! (Beifall bei den Deutschn.)

Abg. Hillerding (Soz.): Poincaré wollte die Verwirklichung der Ruhrbesetzung. Dadurch, daß in Frankreich und England demokratische Regierungen ans Ruder kamen, ist Deutschland außerpolitische Stellung eine andere geworden. Das Londoner Ergebnis bietet trotz aller Mängel und Fehler des Gutachtens die einzige Möglichkeit einer Lösung, der Lösung zu neuen Fortschritten und zu neuen Verhandlungen. Es ist eine ungeheure Demagogie, wenn Hergt sagte, die Annahme der Gutachten-Gesetze würde die jetzt vorhandenen deutsche Arbeit vernichten. Hergt habe verstanden, daß seit Annahme des Londoner Ultimatus Deutschland sich eine rücksichtslose Steuer- und Finanzkontrolle der Wiederherstellungskommission gefallen lassen müsse, eine Kontrolle, die durch das Londoner Abkommen sehr wesentlich abgebaut ist. Obgleich Sinnes seinerzeit die Auslieferung der deutschen Eisenbahnen an eine internationale Gesellschaft betrieb sei in London erreicht worden, daß die Reichsbahn ein deutsches Unternehmen bleibe. Das Gutachten biete uns die Möglichkeit zu weiterer Friedensarbeit. Die Deutschnationalen, die ablehnen wollen, ohne andere Wege zu zeigen, handeln als Hahndreher. Die Haltung der Kommunisten entspreche nur den außenpolitischen Interessen der russischen Regierung. Der Preis des Bürgerkriegs für die Deutschnationalen wäre zu hoch, denn er gefährde das ganze Friedenswerk. Dieser Reichstag mit dem kommunistisch-deutschnationalen Block ist arbeitsunfähig.

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter, der Hillerding „Scheiße“ ruft, erhält vom Präsidenten einen Dankspruch.

Abg. Dr. Kaas (Zentrum): Die Wortwahl eines einzigen in der Diskussion, daß die Londoner Verhandlungsergebnisse mehr mit den Wünschen noch mit den berechtigten Forderungen des deutschen Volks übereinstimmen. Gegenüber der bisherigen Rechtslage nach dem Londoner Ultimatum seien in London aber unbestreitbare Verbesserungen erreicht worden. Die Opposition habe keine besseren Wege zeigen können. Unbestreitbar sei der Erfolg, den wir mit der Verwirklichung eines Amerikaners an der Entschuldigungskommission erreicht haben, ebenso mit der Einrichtung des Schiedsgerichtsgedankens. Ein Ablehnen würde in diesem Augenblick eine außenpolitische Handlungslosigkeit und die Verleumdung der letzten Kraft der deutschen Wirksamkeit bedeuten. Es würde vor allem bedeuten die Preisgabe des deutschen Gebietes. Poincaré hat nicht verschanden, sondern ein neues Frankreich beginnt abzuwickeln von Poincaré und den Methoden Poincarés, der so lange als böser Dämon Europas gewirkt hat. Wir dürfen diese erfreuliche Entwicklung nicht durch Fehler von unserer Seite föhren. Wir glauben auch, die Folgen, die sich bei einer Ablehnung für Deutschland ergeben, nicht verkennen zu dürfen. Der Missionspolitik der Deutschnationalen werke wir uns mit aller Energie entgegen. Was in London vereinbart wurde, sei im Anfang General de Kell habe bereits wieder mit den päpstlichen Separatisten Fühlung genommen für den Fall einer Ablehnung des Londoner Abkommens. (Hört! Hört!) Uns leitet bei unserer Politik das Bestreben, die deutsche Reichseinheit wieder herzustellen (Beifall im Zentrum).

Frau Golke, gen. Ruth Fischer (Komm.) weist nicht daran, daß das Sachverständigen-Gutachten in Deutschland durchgeföhrt wird, nachdem so lange die Reformetroune dafür gerichtet worden sei. Am eifrigsten wie sie dabei der Partei der Kapitalisten, die Sozialdemokratie. Der Reichstagskanzler Marx erzählt überall, daß Herriot so ein friedliebender guter Kerl sei. Solche Kindergeschichten sollte man nicht einmal in der Kinderstube des deutschen Volks, im deutschen Reichstag, erzählen.

Abg. Dr. Curtius (DDB) erklärt für seine Fraktion: Wir halten eine Ablehnung des Gutachtens für unmöglich. Wir werden einstimmig die Regierungsvorlagen annehmen. Wir sind über die Londoner Ergebnisse in vielen Punkten enttäuscht und erbittert. Wir sagen aber dem Ausland, daß London nicht ein Abbruch sein darf, sondern daß wir das uns jetzt verweigerte Recht noch fordern werden. Die Politik der Deutschnationalen lehnen wir ab. Ihre haben Punkt haben ihren Zweck erfüllt; jetzt gehören sie der Geschichte an. Die mit der Ablehnung für Deutschland verbundenen Gefahren können wir nur auf uns nehmen, wenn das ganze Volk hinter der Ablehnung steht, und wenn die Opposition einen besseren Weg zeigen könnte, was nicht geschehen ist. Wir würden es nur bedauern, wenn auch nach dieser Richtung durch das Bürgerium gehen würde. Für die Annahme des Londoner Abkommens spricht aber auch der Umstand, daß London die erste Stufe ist auf dem Weg des Wiederaufbaus und zur Befreiung Deutschlands. Es ist die Aufgabe unserer Regierung, dahin zu wirken, daß recht bald die weiteren Stufen folgen.

Abg. Wulle (Soz.) bezeichnet das Londoner Abkommen als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse. Auch das Sachverständigen-Gutachten gebe von der Schuldfrage aus. Die freiwillige Hinterlassung unter das Gutachten sei geradezu Vandalismus. Der Reich-

kanzler den Kommunisten über den deutschen Hausbau mit einem ungehörigen Klug Deutschland. Die Geschäfte könne kein Beispiel, daß ein nicht unterworfenem Volk freiwillig so die Verflechtung auf sich genommen habe. Das Streben nach Selbstbestimmung sei ein Rebellstreben geworden. Die Sozialdemokratie erkläre jetzt die einzige Rettung Deutschlands in dem internationalen Judenkopiel. Die Judenfrage habe den Krieg angefaßt, darum verhindere sie jetzt die Befreiung der Schuldfrage. Der Verwirklichungspolit der Marx Regierung müsse endlich ein Ende gemacht werden.

Abg. Erselenz (Dem.): Die nationalsozialistischen Führer in Frankreich und Deutschland arbeiten einander in die Hände. Die Demokraten halten die Londoner Vereinbarungen keineswegs für vollkommen, und sie glauben auch nicht, daß sich ihre Durchführung ohne Schwierigkeiten ermöglichen lassen wird. Sie hoffen, daß der neue Geist, der von London ausgeht, sich bald bei der Mehrheit der Ausgewiesenen und bei dem Auftreten der Befehlsgewalt auswirken wird. Die Rheinländer seien den Herren, die in London verhandelt haben, zu großem Dank verpflichtet. Freut habe den Westen und das besetzte Gebiet preisgebend. Neben diesem Abkommen brauche man ein zweites Abkommen zwischen den deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Beifall bei den Demokraten).

Reichstagskanzler Dr. Marx bedauert einige Bemerkungen des Abg. Hergt, die gegen den Reichspräsidenten den Vorwurf enthalten haben, er habe seine Amtsbefugnisse übergriffen und parteiisch gehandelt. Dem Abg. Wulle gegenüber betonte der Reichstagskanzler: Die Regierung verläumt keine Gelegenheit, Aufklärung über die Kriegsschuldfrage zu verschaffen. Das könne aber nur auf dem Weg freier geschichtswissenschaftlicher Forschung geschehen (Beifall rechts). Die Vertreter der Opposition waren nicht in der Lage, einen andern Weg als das Dames-Gutachten zu weisen. Ehe Sie das nicht können, muß ich gegen Ihre Kritik protestieren. (Lärm rechts). Die Forderung der Ruhräumung ist nicht nur in dem bekannten Brief des französischen und des belgischen Ministerpräsidenten gegeben, sondern auch durch verschiedene protokolllarische Feststellungen Gegenstand des Bertrags geworden. Wir legen Wert darauf, dem deutschen Volk über unsere Lage Klarheit zu verschaffen. Wenn das Dames-Gutachten abgelehnt und der Londoner Vertrag gelöst ist, dann scheint mir allerdings alles aus zu sein. Zu der Hoffnung auf neue Verhandlungen gehört ein Optimismus, den ich nicht teile. (Lärm rechts). Eine Ablehnung des französischen Räumungsvorschlags in London hätte eine geschlossene Einheitsfront der Verbündeten in London gegen uns geschaffen. Die Nationalisten im französischen Parlament und im deutschen Reichstag werden sich gegenseitig die Hände zu. (Lärm rechts). (o. Große (RS.) ruft dazwischen: Jämmerliche Wäpchen.) Wir haben dem französischen Räumungsvorschlag erst zugestimmt, nachdem auch die Räumung des Saarlandes, der Ruhrmündung Zone, und die Zurückziehung der französischen und belgischen Eisenbahnen zugelassen war. Eine nicht ist den Nationalsozialisten laagen: Wenn sie mit ihrer Position, wie sie in den letzten Wochen getrieben wurde weiter forscheren, ... (Die nächsten Worte des Reichstagskanzlers gehen unter in dem Lärm der Nationalsozialisten, die mit drohenden erhobenen Fäusten rufen: Wir nehmen den Kampf auf.) Wenn wir uns in London einem Diktat so demütigen hätten, so müßte ich einmal leben, wie wir bei unserer Rückkehr empfangen worden wären. Wir haben freiwillig unterdrückt, und wir sind bereit, am nächsten Sonntag freiwillig zu unterzeichnen. (Hört, hört! rechts. Beifall bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Dr. Fischer erteilt dem Abg. von Gräfe (Soz.) nachträglich einen Ordnungsruf für den „Jammervollen Wäpchen“.

Abg. Dr. Bieger (Bayr. Volkspartei) erkennt an, daß von der deutschen Delegation große Arbeit geleistet worden sei. Seine Fraktion stimme den Vorlagen zu. Man könne aber nicht mit Vertrauen in die Zukunft blicken, wenn nicht in der Gestaltung der Regierung ein Wandel geschehe. Eine Minderheitsregierung werde immer großen Gefahren ausgesetzt sein.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsvereinig.) bedauert, daß die sofortige Ruhräumung nicht erreicht worden sei und wünscht im übrigen den Vorlagen zu.

Abg. Runge (Deutsch-Soz.) lehnt die Gutachten ab. Damit ist die 1. Beratung der Vorlagen erledigt. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. 2. Sitzung der Vorlagen, Schluß 11.30 Uhr.

Zweite Sitzung der Dames-Geschessvorlagen

Berlin, 26. August

Präsident Ballraff eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr. Die Beratung der Vorlagen soll in vier Gruppen erfolgen. Die erste Gruppe umfaßt die Bankvorlagen, die zweite bezieht sich auf die Industriebelastung, die dritte umfaßt das Reichsbahngesetz und die vierte das Mantelgesetz.

Abg. Dietrich (Deutschnational): Der Reichstagskanzler habe sich die Kritik der Deutschnationalen verbeten, falls sie keine anderen Vorschläge machen könnten. Er werde über diese Kritik hinweggehen müssen, auch wenn sie ihm nicht ge-



1924. (Zusammenfassung rechts.) Der Redner kritisiert dann das Verhalten des Reichspräsidenten bei der letzten Regierungsbildung und erhebt Einspruch dagegen, daß der Reichspräsident die durch die Verhältnisse gegebene Reichsbildung verhindert. Der Redner hält weiter dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor, daß er keine Reichsbildung übernehme. Der Kreditrat der Landwirtschaft werde nicht genügend Rechnung getragen.

Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) beantragt, die Sitzung auszusetzen, bis der Reichsbankpräsident anwesend sei. Präsident Wallrat erwidert die Geschäftsordnung gebe dem Reichstag zwar das Recht, einen Minister zu zitieren, nicht aber den Reichsbankpräsidenten.

Abg. Kell (Soz.) bedauert, daß es des Eingreifens des Auslands bedürfte, um aus dem Weg zu einer stabilen Zahlung finden zu lassen. Um einer Inflation vorzubeugen, müsse man sich auf den Boden der Entwürfe stellen, ohne etwa vom Damesplan entzückt zu sein. Wer wolle, daß das Deutsche Reich noch einmal durch ein Meer von Blut wade, der möge die Gesetze ablehnen.

Abg. v. Hammer (Zent.) widerspricht der Auffassung, daß nach dem Verschwinden der Rentenmark die neue Währung nicht stabil sein werde. Helfferich habe nicht die Opposition um jeden Preis gewollt. Im gegebenen Augenblick müsse man die praktischen Interessen voranstellen. Eine große Anzahl von Krediten werde sofort hinlänglich, wenn die Gesetze nicht angenommen würden.

Abg. Kay (Komm.) erklärt, ob angenommen würde oder nicht, ein Ausweg aus der Unklarheit durch das ausstehende Weltkapital sei der deutschen Wirtschaft nicht mehr möglich. Seine Partei lehne die Vorlagen ab.

Abg. v. Kullenkampff (D.D.P.) hält die Deckung für ausreichend, um eine wirkliche Goldwährung zu schaffen. Die Rentenmark werde sich neben der Goldmark halten.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) sagt, daß es nur einen Herrn der Welt gebe, das große Weltkapital. Die Vorlagen seien ein Versuch, das deutsche Volk in die Finanzwirtschaft des internationalen jüdischen Kapitals zu bringen. Der Redner warnt die Minister unter Hinweis auf eventuelle spätere Anklage wegen Hochverrats davor, auch noch die Verkehrs- und Finanzhoheit des Reichs preiszugeben.

Reichswirtschaftsminister Hamm wirft dem Redner Verhöhnung vor. Die Regierung betrachte die Gesetze nicht als besonders wertvolle Erbschaft, sie wolle aber auch dem Volk nicht die Hoffnung nehmen, daß auf diesem Weg sich eine Besserung anbahnen könne.

Neue Nachrichten

Die Entscheidung am 28. August

Berlin, 26. August. Für die entscheidende Abstimmung im Reichstag über die Dawesgesetze, die am Donnerstag erwartet wird, haben die Regierungsparteien Fraktionszwang für ihre Mitglieder vorgeschrieben. Die radikalen Reichstagsfraktionen haben auf Aufforderung der kommunistischen Reichstagsfraktion beschlossen, am Tag der Abstimmung für die allgemeine politische Begegnung Kundgebungen zu veranstalten.

Die Schulsozialfrage

Berlin, 26. August. Wie verlautet, geht die Schulsozialfrage dem Reichstag in den nächsten Tagen zu. Nach dem Entwurf soll der Schulsozialismus am 1. November in Kraft treten. Im Reichstag ist eine Mehrheit für die Vorlage gesichert. Dagegen werden nur die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der größere Teil der Demokraten stimmen.

Wiederannahme der Verjährung öffentlicher Anleihen

Berlin, 26. August. Das Zentrum hat im Reichstag den Antrag eingebracht, daß die Staats- und Gemeindeanleihen vom 1. Januar 1925 ab wieder verjährt werden sollen. Wie mitgeteilt wird, ist die Reichstagsmehrheit für den Antrag gesichert.

Der spanische Handelsvertrag vom Reichsrat angenommen

Berlin, 26. Aug. Der Reichsrat hat den deutsch-spanischen Handelsvertrag mit 33 gegen 19 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Ostpreußen, Pommern, Rheinprovinz, Bayern, Württemberg und Hessen. Der badiische Vertreter, ein Nichtstimmer, schied sich aus.

Verstärkte Militärüberwachung

Berlin, 26. August. Der Chef der militärischen Überwachungskommission, General Balch, ist von Kriegsminister Klotz nach Paris berufen worden. Klotz hat nach dem „Temps“ dem Obersten Rat der nationalen Verteidigung einen neuen Plan für eine verstärkte Überwachung, der auch die deutsche Luftschiffahrt einschließt, vorgelegt.

Dom 9. Sängerbundesfest

Hannover, 26. August. Der gestrige Tag des 9. Deutschen Sängerbundesfestes, der die zweite Aufführung im Stadion brachte, welche von den Rheinländern, Badenern und Schwaben bestritten wurde, verlief ebenfalls in glänzender Form. Die Bände brachten formvollendet verlichtene Chöre unter der geleisteten Leitung von Professor Kessler (Wien) und Professor Wohlgemuth (Leipzig) zu Gehör. Hierauf erglitz Geheimrat Dr. Hammer-Schmidt aus München, der 25 Jahre lang Abgeordneter der Polz war, das Wort zu einer Festrede, worin er den Rhein und seine Sängerverbände und ein Zeugnis für die Brüder im besetzten Gebiet ablegte. Für die Grenzmarken und die abgetretenen Gebiete entbot ein Vertreter der deutschen Männergesangsvereine in Solen den versammelten Sängern seinen deutschen Sangesgruß. — Die durch die mäßigen Verhältnisse am Morgen verhinderten Tiroler schickten ein Begrüßungstelegramm. Am Festzug wurden 2000 Sängerverbände mitgeführt.

Die Auslieferung Förster-Scholz verlangt

Budapest, 26. August. Die deutsche Reichsregierung verlangte von der ungarischen Regierung die Auslieferung des Deutschen Förster, der unter dem Namen Scholz des Nordens an Gräber verurteilt ist. Einer der deutschen Kriminal-

Beamten, der ein Jugendfreund des Scholz III. mit ihm 1888 bekannt wurde, hat die ungarische Anklagebehörde beschuldigt, Förster auf sechs Wochen in Haft zu nehmen. In dieser Zeit muß das diplomatische Auslieferungsgebeten durch das Finanzministerium entschieden sein, sonst wird Förster wieder in Freiheit gesetzt. Es handelt sich um die Frage, ob gegebenenfalls ein gewöhnlicher oder ein politischer Mord vorliegt. Im letzteren Fall würde die Auslieferung nicht erfolgen.

Filleffen, dessen Aufenthalt unbekannt ist, steht im Verdacht, an der Ermordung des kommunistischen Abgeordneten Garais in München beteiligt gewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft in München soll laut ZII die Auslieferung beantragen.

Die zur Fahndung abgeordneten Deutschen sind der badiische Kriminalbeamte Schumacher von Karlsruhe und der Kriminalbeamte Bloß von Saarland a. Saale, dem Heimatort des Scholz.

Der Sicherheitsvorschlag des Völkerbunds von Frankreich angenommen

Paris, 26. Aug. Die französische Regierung hat den Vorschlag des Völkerbunds für gegenseitige Sicherung der Völkerbundmitglieder angenommen, zugleich aber erklärt, daß diese Bürgschaften nur wenig militärischen Wert hätten, nachdem die Sonderabstände unter den einzelnen Mächten weiterhin abgeschlossen werden dürften. Abkommen dieser Art sollten immer der Genehmigung des Völkerbundsrates unterliegen und so gehalten sein, daß eine immer größere Zahl von Nationen sich ihnen anschließen könnte.

Der türkische Friedensvertrag angenommen

Paris, 26. August. Die französische Kammer hat in der gestrigen Nachsitzung den Vertrag von Lausanne mit 410 Stimmen bestätigt. Heute vormittag wurde die Beratung der Vorlage über die behördliche Festsetzung des Reichpreises fortgesetzt.

Die Senatskommission für äußere Angelegenheiten hat sich einstimmig für die Annahme des Vertrags von Lausanne ausgesprochen.

Die englische Räumung Irlands

Dublin, 26. August. Die englischen Truppen haben trotz des Widerstands Nordirlands die Festung Bellefleur in der Grafschaft Fermanagh (im Norden von Südirland) geräumt. Die sodann von südirischen Truppen besetzt wurde. Die nordirische Regierung (Ulster) hatte erklärt, daß die Festung allerdings auf südirischem Gebiet gelegen sei, daß sie aber vor allem das Wasserloch bedrohe.

Württemberg

Stuttgart, 26. August. Vom Landtag. Abg. Hennert erlucht in einer kleinen Anfrage die Regierung, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß Vorläufe getroffen werden, daß beim Hausrat mit Kleiderstoffen die gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden.

Todesfall. Im Alter von 62 Jahren ist Generalmajor a. D. Karl Ströblin an einem Herzleiden gestorben.

Die Akademie frei. Die Verhandlung des großen Hofes in der Akademie (hinter dem Neuen Schloß) durch die Unterbringung der Fahrzeuge der Kraftverkehrsvereine dortselbst war schon lange ein Negernis. Die Gesellschaft wird nun auf dem Gelände zwischen Redaktor und Stöckel eine große Wagenhalle errichten, so daß der Akademiehof wieder frei wird.

Dem Tode. In einem Haus der Rebenbergstraße verlor sich ein 16-jähriges Dienstmädchen zu vergiften Lebensgefahr befiel nicht.

Aus dem Lande

Kornwestheim, 26. August. Ueberfahren. Auf der Straße Jüdischhausen-Kornwestheim wurde ein auf der linken Straßenseite mit dem Rad fahrender vorbeifahrender Schloffer von einem entgegenkommenden Personenkraftwagen überfahren und getötet.

Schlagen, 26. August. Bluttat. In der Weiler an ein Verführer seine 16-jährige Geliebte, angeblich in deren Einverständnis, durch drei Schüsse schwer verletzt und dann sich selbst erschossen. — Beim Zusammenstoß eines Personenkraftwagens mit einem Motorrad mit Seitenwagen, in dem ein 16-jähriges Mädchen und zwei kleine Kinder saßen, wurde das Rad hart beschädigt; die Insassen erlitten leichte Verletzungen.

Maulbronn, 26. August. Brand. In dem Anwesen des Schmiedewarenfabrikanten Wilhelm Fricker in Maulbronn, das aus Wohnhaus, Fabrik, Stall und Scheune besteht, brach Feuer aus. Von dem Anwesen konnte nur das Wohnhaus, von den Fabrikanten ein Teil gerettet werden. Ein Teil der Maschinen in der Fabrik ist zu Grunde gegangen.

Welkenstein, 26. August. Geislingen, 26. August. Felssturz. Ein gewaltiger Felsblock hat sich an der Schloßhalde infolge der nassen Witterung losgemacht und ist mit gewaltiger Macht zu Tal gestürzt. Zum Glück hat eine starke Eiche dem rollenden Waldriesen ein Halt geboten. Von der gleichen Stelle droht ein noch größerer Felsblock abzustürzen. Doch die Forstverwaltung sucht in unschädlich zu machen.

Kossum, 26. August. Ueberan, 26. August. Unglück im Stall. Der Landwirt Bratt von Bedanhaus hütelte das Vieh auf einem Grasschlag mit anscheinend ziemlich viel Weide. Als er von den Entwürfen heimkehrte, lagen drei Stück Vieh (zwei junge Kühe und ein Ochse) schon stark gelähmt im Stall, so daß sie sofort eingeschlächert werden mußten.

Hoff, 26. August. Lebensmüde. Im Waldhölzchen bei Rinnen, auf Reichelsfelder Markung, wurde der alleinlebende 65-jährige seit etwa zehn Wochen vermählte Geschlechtslose D. B. von hier, früher in Ischhofen, erhängt aufgefunden. Rohrungsorgen haben den Mann in den Tod getrieben.

Emlingen, 26. August. Einbruch. Letzte Woche wurden einem hiesigen Landwirt einfliehende Geider im Betrag von ca. 700 M mittels Einbruch bei belichtetem Tag entwendet.

Oberessendorf, 26. August. Brand. In Anwesen des Gutbesizers H. Moos (Geigerhof) brach Feuer aus. Das meiste Inventar konnte gerettet werden.

Reutlingen, 26. August. Blutvergiftung. Landwirt Gebhard Frei in Schwarzenbach, Obd. Liebena, verlegte sich durch eine herabfallende Sense am rechten Bein und Daumenfinger. Die an sich nicht bedeutenden Wunden wurden gut gereinigt und verbunden. Am nächsten Tage traten sich Schmerzen ein und dem Verwundeten mußte der rechte Arm bis zum Ellenbogen abgenommen werden.

Sontheim, 26. August. Generaloberin. Das Generalkapitel der Kongregation der Schulschwestern in Rottweil wählte an Stelle der am 4. Juni d. J. verstorbenen Generaloberin Rogel die bisherige Assistentin Maria Gertrudis Borch aus Ludwigsburg (1919—21 Oberin der Tochterkloster in Stuttgart) zur Generaloberin. Sie selbst wählte die bisherige Oberin in Rottweil, Maria Felicia Heim, zur Assistentin.

Spaichingen, 26. August. Von der Heubergbahn. Zur Vollendung der Heubergbahn, des Nebenplans der Strecke Rottweil-Schönbühl, forderte die Generaldirektion einen weiteren Gemeindebeitrag von 150 000 M. Trotz der Finanznöte der Gemeinden bewilligten die Gemeindevorsteher in der Amtsammlung zum zweitenmal diesen Betrag. Es waren 138 000 M bereits zugesichert worden, der Rest mit 8800 M wird teils von den Gemeinden neu übernommen, teils mit 3200 M von der Amtsdirektion getragen.

Hagerloch, 26. August. Ehrenmal. Die Herzog-Kapelle im neuen Spital soll ein Ehrenmal für den belandeten Künstler Vater Desiderius Lenz in Beuron werden. P. Lenz ist von Beuron gebürtig.

Unterwiesenthan, 26. August. Brand. Der Stadel des Landwirts Kuppner brannte nieder. Es wurden etwa 180 Jentner Heu und Viehmist verbrannt. In Feuer ist vermutlich aus Fahrlässigkeit eines Landstreichers entstanden.

Aus Stadt und Land.

Nagold, den 27. August 1924.

Führung

Es gibt Angenblicke in jedes menschlichen Leben, in welchen ein Planes gemacht wird, der durch sein Leben hindurch geht, eines Planes, den nicht er entworfen hat, und den nicht er ausführt, dessen Gedanke ihn gleichwohl entzückt, als wäre er ihn selbst erdacht. Nagold.

Ergebnis einer Gemeindefürsorgeprüfung. Auf Grund der im Juli in Karlsruhe abgehaltenen Direktprüfung hat zur Berechtigung von Gemeindefürsorgestellen an württembergischen Gemeindefürsorgestellen drei Bewerber aus Württemberg für beschäftigt werden.

Gemeindefürsorge Nagold. Am Montag, den 25. d. M., fand in der Ratskammer eine Ausschussung statt, welche sich mit den beschriebenen gemeindefürsorge Stellen befaßte. Von anderen wurde bemerkt, daß die in den letzten Tagen an der Stadt ausgegebenen Steuerzettel in der Bürgerkassette die große Unübersichtlichkeit hervorgebracht haben, denn die Summen, die hier gefordert werden, sind von der Mehrzahl der Steuerpflichtigen nicht erachtet. Herr Stadtschultheiß Mater ist über die Beschaffenheit im hiesigen Haushalt und über die großen Ausgaben, welche den Gemeindefürsorgestellen im April anfallen, und darüber in der Presse erschienen zu lassen.

Kurzarbeit und Fürsorgeverbände. Die früher eingehende Kurzarbeiterunterstützung in Form von Erwerbslosenfürsorge ist bekanntlich aus wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen am 1. April d. J. eingestellt worden. Solche Kurzarbeiter infolge des Lohnausfalles fürsorgeberechtigt werden, haben deshalb die Fürsorgeverbände einzutreten. Um leistungsfähigen Fürsorgeverbänden die hieraus erwachsende finanzielle Belastung zu erleichtern, können mit Wirkung vom 18. d. M. ab aus dem Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge an solche Fürsorgeverbände Zuschüsse zu ihren Aufwendungen für hilfsbedürftige Kurzarbeiter gegeben werden. Die Gewährung von Unterstützung an hilfsbedürftige Kurzarbeiter liegt den Ortsfürsorgeverbänden ob. Mit der Gewährung von Zuschüssen an die Ortsfürsorgeverbände aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge ist nicht die Wiedereinrichtung einer besonderen Kurzarbeiterfürsorge nach Art derjenigen, die bis zum 1. April 1924 bestanden hat, beabsichtigt.

Frühverlängerung für die Auffüllung von Goldbilanzen. Ähnlich wird mitgeteilt: Mit Rücksicht darauf, daß die gesetzliche Regelung der Gebühren und Kosten für die Auffüllung der Bilanzen erst unmittelbar bevorsteht, hat sich die Reichsregierung entsprechend dem Wunsch der Wirtschaft, die Frist zur Vorlegung der Goldmarkterfüllungsbilanzen in möglichen Grenzen zu verlängern entschlossen. Für Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, die Frist zur Vorlegung der Goldmarkterfüllungsbilanzen bis 30. Nov. zu verlängern.

Auszahlung der Beamtenbezüge. Die Septemberbezüge der Beamten usw. werden am Samstag, 30. August d. J., im vollen Monatsbetrag ausbezahlt.

Keine Einschränkung der Getreideausfuhr. Wie man von zuständiger Seite erfährt, wird vom 26. August wieder der Unbedenklichkeitsvermerk bei der Getreideausfuhr in der bisherigen Weise erteilt werden. Wenn vorübergehend in der Ausfertigung solcher Vermerke eine Störung eingetreten war, so geschah dies aus Rücksichten entgegenzutreten, weil es häufig vorkam, daß Anträge auf Erteilung des Unbedenklichkeitsvermerkes ohne inländischen Bedarf gestellt wurden und ohne daß wirklich die Abfuhr bestand, Getreide auszuführen. Man hatte um diese Vermerke gewissermaßen auf Vorrat nachgefragt. Eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Auf-



